

**Umwidmung bestehender Beschlussmittel des KVR für notwendige Innenausstattungen**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 15340**

**Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 01.07.2025 (VB)**  
 Öffentliche Sitzung

**Kurzübersicht**  
 zum beiliegenden Beschluss

<b>Anlass</b>	In einigen Bereichen des Kreisverwaltungsreferates besteht akuter Bedarf an der Ausstattung mit neuem Mobiliar, sei es, um Dienststellen neu auszustatten oder um veraltetes Bestandsmobiliar auszutauschen. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel im konsumtiven Bereich können durch Einsparungen aus Beschlussmitteln gedeckt werden, die aufgrund sparsamer Haushaltsführung und Umplanung bestehender Projekte nicht benötigt werden.
<b>Inhalt</b>	Die Bereiche Kommunale Verkehrsüberwachung, Bürgerbüro Orleansplatz und Saal Ruppertstr. 11 sollen mit neuem Mobiliar ausgestattet werden.
<b>Gesamtkosten / Gesamterlöse</b>	Die Kosten dieser Maßnahme betragen 45.220,00 € im Jahr 2025 sowie 162.436,79 € im Jahr 2026 und sollen durch Umwidmung der konsumtiven Beschlussmittel des Beschlusses SV 20-26 / V 05751 (Vorplanungsbudget Pasinger Rathaus) finanziert werden.
<b>Klimaprüfung</b>	nicht klimarelevant
<b>Entscheidungsvorschlag</b>	Der Umwidmung der o.g. Beschlussmittel wird zugestimmt und sie werden dem KVR im Jahr 2025 und 2026 für die o.g. Zwecke zur Verfügung gestellt.
<b>Gesucht werden kann im RIS auch unter</b>	KVR, Möblierung, KVÜ, Standesamt, Bürgerbüro, Balanstr. 55-59, Orleansstr. 50, Ruppertstr. 11
<b>Ortsangabe</b>	Balanstr. 55-59, Orleansstr. 50, Ruppertstr. 11

**Umwidmung bestehender Beschlussmittel des KVR für notwendige Innenausstattungen**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 15340**

Anlage (A): Stellungnahme der Stadtkämmerei vom 14.05.2025

**Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 01.07.2025 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

**Inhaltsverzeichnis**

<b>I. Vortrag der Referentin</b>	<b>2</b>
1. Anlass	2
2. Betroffene Bereiche	2
2.1. Kommunale Verkehrsüberwachung	2
2.2. Bürgerbüro Orleansplatz	2
2.3. Saal Ruppertstr. 11	3
3. Kosten	3
3.1. Kommunale Verkehrsüberwachung	3
3.2. Bürgerbüro Orleansplatz	4
3.3. Saal Ruppertstr. 11	4
4. Entscheidungsvorschlag	4
4.1. Kommunale Verkehrsüberwachung	4
4.2. Bürgerbüro Orleansplatz	4
4.3. Saal Ruppertstr. 11	4
5. Darstellung der Aufwendungen und der Finanzierung	5
5.1. Laufende Verwaltungstätigkeit	5
5.2. Finanzierung und Umsetzung im Haushalt	6
6. Klimaprüfung	6
7. Abstimmung mit den Querschnitts- und Fachreferaten	6
Stadtkämmerei	6
8. Anhörung Bezirksausschuss /Bezirksausschüsse	7
9. Unterrichtung der Korreferentin	7
10. Beschlussvollzugskontrolle	7
<b>II. Antrag der Referentin</b>	<b>8</b>
<b>III. Beschluss</b>	<b>9</b>

## **I. Vortrag der Referentin**

### **1. Anlass**

In einigen Bereichen des Kreisverwaltungsreferates besteht akuter Bedarf an der Ausstattung mit neuem Mobiliar, sei es, um Dienststellen neu auszustatten oder um veraltetes Bestandsmobiliar auszutauschen. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel im konsumtiven Bereich können durch Einsparungen aus Beschlussmitteln gedeckt werden, die aufgrund sparsamer Haushaltsführung und Umplanung bestehender Projekte nicht benötigt werden. Im Nachfolgenden werden die einzelnen Bedarfe dargelegt und begründet.

### **2. Betroffene Bereiche**

#### **2.1. Kommunale Verkehrsüberwachung**

Die Kommunale Verkehrsüberwachung (KVÜ) benötigt, im Zuge der Ausweitung ihres Kontrollgebietes, einen Standort im Münchner Osten. Die bereits genehmigten Stellenschaltungen des Stadtrats sowie die geplanten neuen Parklizenzzgebiete machen es notwendig, weitere Standorte für Außendienstmitarbeiter\*innen einzurichten. Diese sollten dabei die Entwicklung und räumliche Ausdehnung der KVÜ nachvollziehen und nicht mehr ausschließlich in Altstadtnähe gelegen sein. Nur so können zumutbare Wegezeiten (vom Standort zum Kontrollgebiet), ausreichende Rückzugsmöglichkeiten, eine effiziente Kontrolltätigkeit gewährleistet und die notwendigen zusätzlichen Räume für die Beschäftigten geschaffen werden.

Dieser konnte mit Unterstützung des Kommunalreferates im Anwesen Balanstr. 55-59 gefunden werden. Dort hat die Landeshauptstadt München bereits vor mehreren Jahren langfristige Mietverträge abgeschlossen und das aktuell hier situierte Sozialreferat zieht erst Ende des Jahres 2025 aus. Dadurch werden ausreichend Flächen für 70 Mitarbeitende der KVÜ ab Anfang des Jahres 2026 frei. Diese müssen nach Auszug des Sozialreferates mit Mobiliar wie Schreibtische, Spinde und Handyladeschränke ausgestattet werden.

Hierfür werden konsumtive Mittel i. H. v. 114.074,71 € im Jahr 2026 benötigt.

#### **2.2. Bürgerbüro Orleansplatz**

Das Bürgerbüro am Orleansplatz wurde beim Bezug in erster Linie mit fest miteinander verbundenem, bereits im Bestand vorhandenen, Mobiliar ausgestattet. Im Zuge der Einführung des neuen Standort- und Raumkonzepts Bürgerbüro, beginnend mit dem Bürgerbüro in der Ruppertstr. 19, haben sich auch die Anforderungen an die Arbeitsplätze im Bürgerbüro geändert. Sukzessive sollen nun die bestehenden Standorte, soweit es die örtlichen Begebenheiten zulassen, ebenfalls entsprechend angepasst werden. Damit soll den Münchner Bürger\*innen ein verbesserter Service durch ein flexibleres Arbeitsplatzkonzept geboten werden. Auch genügt, das Bestandsmobiliar am Standort Orleansplatz den heutigen Anforderungen an ein ergonomisches Arbeiten nicht mehr vollumfänglich.

Nun soll ein Großteil der Arbeitsplätze neugestaltet und ausgestattet werden, um die im Zuge der Einführung des Standort- und Raumkonzepts neu entstandenen Anforderungen zu erfüllen, den Service für die Münchner Bürger\*innen zu verbessern und gleichzeitig den dort Beschäftigten einen einheitlichen und ergonomischen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen.

Hierfür werden konsumtive Mittel i. H. v. 48.362,79 € im Jahr 2026 benötigt.

### 2.3. Saal Ruppertstr. 11

Der Saal im Dienstgebäude Ruppertstr. 11, in dem zahlreiche dienstliche Veranstaltungen, wie Personalversammlungen und Fortbildungen, aber auch nichtstädtische Veranstaltungen, wie die Mitgliederversammlung des ADFC, stattfinden ist ursprünglich für eine Gesamtzahl von 170 Personen ausgelegt worden. Die hierfür angeschaffte Bestuhlung ist nach über zehnjähriger Benutzung mittlerweile stark beansprucht bzw. defekt, sodass aktuell nur noch 150 Plätze zur Verfügung gestellt werden können.

Da es sich um einen sehr repräsentativen Raum des Kreisverwaltungsreferates handelt, der regelmäßig von allen städtischen Referaten sowie von externen Veranstaltern genutzt wird, ist hier unbedingt eine neue Bestuhlung anzuschaffen, um weiterhin die Nutzbarkeit als Veranstaltungsort im gewohnten Umfang sicherzustellen.

Hierfür sollen konsumtive Mittel i. H. v. 45.220,00 € im Jahr 2025 investiert werden.

### 3. Kosten

Die o.g. Kosten setzen sich wie folgt zusammen.

#### 3.1. Kommunale Verkehrsüberwachung

Anzahl	Gegenstand	Betrag pro Stück netto	Betrag pro Stück brutto	Gesamtbetrag brutto
63	Besprechungstische (0,80 m x 0,80m)	233,00 €	277,27 €	17.468,01 €
63	Besprechungsstühle	175,38 €	208,70 €	13.148,24 €
69	Doppelspinde	456,52 €	543,26 €	37.484,94 €
7	Sitz-/Stehische (1,60 m x 0,80 m)	675,00 €	803,25 €	5.622,75 €
12	Bürodrehstühle	447,93 €	533,04 €	6.396,44 €
7	Rollcontainer	299,00 €	355,81 €	2.490,67
24	Schiebetürenschränke	335,00 €	398,65 €	9.567,60 €
60	Türzylinder	250,00 €	297,50 €	17.850,00 €
100	Transponder	34,00 €	40,46 €	4.046,00 €
<b>Gesamtsumme:</b>				<b>114.074,35 €</b>

### 3.2. Bürgerbüro Orleansplatz

Anzahl	Gegenstand	Betrag pro Stück netto	Betrag pro Stück brutto	Gesamtbetrag brutto
26	Besprechungstische (0,80 m x 0,60 m)	223,00 €	265,37 €	5.572,77 €
26	Beistelltische (1,40 m x 0,80 m)	260,00 €	309,40 €	8.044,40 €
26	Sitz-/Stehtische (1,80 m x 0,80 m)	723,00 €	860,37 €	22.369,62 €
26	Knieraumblenden Sitz-/Stehtische	285,00 €	339,15 €	8.817,90 €
10	Rollcontainer	299,00 €	355,81 €	3.558,10 €
<b>Gesamtsumme:</b>				<b>48.362,79 €</b>

### 3.3. Saal Ruppertstr. 11

Anzahl	Gegenstand	Betrag pro Stück netto	Betrag pro Stück brutto	Gesamtbetrag brutto
200	Versammlungsstättenstühle	190,00 €	226,10 €	45.220,00 €
<b>Gesamtsumme:</b>				<b>45.220,00 €</b>

## 4. Entscheidungsvorschlag

### 4.1. Kommunale Verkehrsüberwachung

Für die erstmalige Neuausstattung der Außenstelle der KVÜ im Münchner Osten, Balanstr. 55-59, werden konsumtive Mittel i. H. v. 114.074,71 € aus dem Beschluss 20-26 / V 05751 (Vorplanungsbudget Pasinger Rathaus) entsprechend umgewidmet und für das Jahr 2026 zur Verfügung gestellt.

### 4.2. Bürgerbüro Orleansplatz

Für die Teilneuausstattung des Bürgerbüros am Orleansplatz werden konsumtive Mittel i. H. v. 48.362,79 € aus dem Beschluss 20-26 / V 05751 (Vorplanungsbudget Pasinger Rathaus) entsprechend umgewidmet und für das Jahr 2026 zur Verfügung gestellt.

### 4.3. Saal Ruppertstr. 11

Für die Neuausstattung des Saals in der Ruppertstr. 11 werden konsumtive Mittel i. H. v. 45.220,00 € aus dem Beschluss 20-26 / V 05751 (Vorplanungsbudget Pasinger Rathaus) entsprechend umgewidmet und für das Jahr 2025 zur Verfügung gestellt.

## 5. Darstellung der Aufwendungen und der Finanzierung

Die unter dem Entscheidungsvorschlag dargestellten Maßnahmen haben folgende finanzielle Auswirkungen:

### 5.1. Laufende Verwaltungstätigkeit

Auszahlungen/ Aufwendungen	2024	2025	2026	2027	2028
<b>Summe der Auszahlungen</b>	0 €	45.220,00 €	162.436,79 €	0 €	0 €
davon:					
Personalauszahlungen (Zeile 9)*	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**	0 €	45.220,00 €	162.436,79 €	0 €	0 €
davon Arbeitsplatzkosten (Pauschale: dauerhaft 800 € und einmalig 2.000 € je VZÄ)	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Transferauszahlungen (Zeile 12)	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zinsen und sonstige Finanz- auszahlungen (Zeile 14)	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Nachrichtlich: Summe der nicht zahlungswirksamen Aufwendungen ***	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Nachrichtlich: Vollzeitäqui- valente	0	0	0	0	0

\*) Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

\*\*) ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten; Die Einrichtung der beantragten Stellen löst je VZÄ zahlungswirksame Arbeitsplatzkosten aus. Diese werden im Rahmen des regulären Haushaltsverfahrens pauschal eingeplant.

\*\*\*) darunter Rückstellungen, Abschreibungen etc.

Einzahlungen / Erträge werden keine erzielt.

## 5.2. Finanzierung und Umsetzung im Haushalt

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen einer Umwidmung von vorherig beschlossenen Stadtratsmitteln, wie unter Punkt 4 beschrieben wurde und Wiedereinplanung dieser in den Jahren 2025 und 2026, wie unter Punkt 5.1 dargestellt.

Es sind daher zusätzliche Mittel im Zuge der Wiedereinplanung von Stadtratsmitteln erforderlich, da die Finanzierung weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen kann.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt durch Anmeldung zum Nachtragshaushalt 2025 bei Punkt 4.3 sowie durch Anmeldung zum Haushalt 2026 bei den Punkten 4.1 und 4.2.

## 6. Klimaprüfung

Ist Klimaschutzrelevanz gegeben: nicht klimarelevant

Das Thema des Vorhabens ist laut dem Leitfaden zur Klimaschutzprüfung nicht klimarelevant. Eine Einbindung des RKU ist nicht erforderlich.

Das Vorhaben kann als nicht klimarelevant eingestuft werden. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass gut erhaltenes Mobiliar nicht ungenutzt bleiben sollten. Es ist sinnvoll, diese Möbel einzulagern oder an anderer Stelle weiterzuverwenden, um Ressourcen zu schonen und einen nachhaltigen Umgang mit bestehenden Materialien zu fördern. Auf diese Weise leisten wir auch ohne direkte Klimarelevanz einen positiven Beitrag zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung. Es sind keine sozialen Auswirkungen zu erwarten.

## 7. Abstimmung mit den Querschnitts- und Fachreferaten

### Stadtkämmerei

Die Stadtkämmerei stimmt der Beschlussvorlage nicht zu und teilt auszugsweise mit, dass diese zu einer Ausweitung des Haushalts in den Jahren 2025 und 2026 führen würde. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage seien weitere Ausweitungen zwingend zu vermeiden. Insofern seien die geplanten Maßnahmen aus dem bestehenden Referatsbudget zu tragen.

Die Stellungnahme der Stadtkämmerei vom 14.05.2025 ist dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Das Kreisverwaltungsreferat nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Die in diesem Beschluss aufgeführten Maßnahmen sind zwingend notwendig, um eine neue Dienststelle erstmalig auszustatten (KVÜ im Münchner Osten), eine alte Dienststelle mit Massenparteiverkehr auf den in diesem Bereich im Rahmen des Standort- und Raumkonzepts Bürgerbüro neu eingeführten Büroraumstandard zu bringen (Bürgerbüro Orleansplatz) und die Nutzbarkeit bestehender Räumlichkeiten durch den Austausch von defektem Mobiliar zu erhalten (Saal Ruppertstr. 11). Ohne die Umwidmung der oben dargestellten finanziellen Mittel kann ein dringend benötigter weiterer KVÜ-Standort nicht bezogen werden. Auch steht die weitere Nutzbarkeit des Saals in der Ruppertstr. 11 in Frage, da die dortige Möblierung, wie bereits dargelegt, aufgrund ihres Alters und starker Abnutzung immer mehr Defekte aufweist.

Eine Finanzierung der o.g. Maßnahmen aus dem Referatsbudget ist nicht möglich.

**8. Anhörung Bezirksausschuss /Bezirksausschüsse**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

**9. Unterrichtung der Korreferentin**

Die Korreferentin des Kreisverwaltungsreferates, Frau Stadträtin Dr. Evelyne Menges, hat einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

**10. Beschlussvollzugskontrolle**

Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle, da der Stadtrat mit dieser Angelegenheit nicht mehr befasst wird.

## II. Antrag der Referentin

1. Für die erstmalige Neuausstattung der Außenstelle der KVÜ im Münchner Osten, Balanstr. 55-59, werden konsumtive Mittel i. H. v. 114.074,71 € aus dem Beschluss 20-26 / V 05751 (Vorplanungsbudget Pasinger Rathaus) entsprechend umgewidmet und für das Jahr 2026 zur Verfügung gestellt.
2. Für die Teilneuausstattung des Bürgerbüros am Orleansplatz werden konsumtive Mittel i. H. v. 48.362,79 € aus dem Beschluss 20-26 / V 05751 (Vorplanungsbudget Pasinger Rathaus) entsprechend umgewidmet und für das Jahr 2026 zur Verfügung gestellt.
3. Für die Neuausstattung des Saals in der Ruppertstr. 11 werden konsumtive Mittel i. H. v. 45.220,00 € aus dem Beschluss 20-26 / V 05751 (Vorplanungsbudget Pasinger Rathaus) entsprechend umgewidmet und für das Jahr 2025 zur Verfügung gestellt.
4. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die einmalig erforderlichen konsumtiven Haushaltsmittel i. H. v. 45.220,00 € im Jahr 2025 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung anzumelden.

Das Produktkostenbudget erhöht sich um 45.220,00 €, davon sind 45.220,00 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

5. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, die einmalig erforderlichen konsumtiven Haushaltsmittel i. H. v. 162.436,79 € im Jahr 2026 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung anzumelden.

Das Produktkostenbudget erhöht sich um 162.436,79 €, davon sind 162.436,79 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

6. Der Notwendigkeit der Wiedereinplanung von Stadtratsmitteln, deren Finanzierung weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen kann, wird zugestimmt.
7. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss**

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister/in

Dr. Sammüller  
Berufsmäßige Stadträtin

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über das Direktorium D-II-V / Stadtratsprotokolle  
an die Stadtkämmerei  
an das Revisionsamt  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

**V. Wv. Kreisverwaltungsreferat – BdR-Beschlusswesen**  
zu V.

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

1. an das Kreisverwaltungsreferat – GL/21  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
2. Zurück mit Vorgang an das Kreisverwaltungsreferat – GL/41  
zur weiteren Veranlassung.

Am.....

Kreisverwaltungsreferat BdR-Beschlusswesen